A portrait of Hannes Androsch, an elderly man with grey hair, wearing a brown jacket over a red turtleneck. He is looking slightly to the right with a serious expression. The background is a blurred landscape of hills and trees.

„Österreich ist maßlos überbürokratisiert“,
kritisiert Hannes Androsch, Industrieller und
Ex-Finanzminister im Gespräch mit den
Wirtschaftsnachrichten

Foto: AIC/Mayr

„Neue Steuern sind Morphinum“

Der Industrielle und frühere Finanzminister Hannes Androsch über das aktuelle Budget und den dringenden Abbau von Bürokratie. Neue Steuern lehnt er ab, weil sie nur den Druck zu Reformen im Bund, bei den Ländern und Gemeinden mildern würden. Androsch ortet im Gespräch mit Martin Link zudem eine Effizienzlücke von 20 Milliarden Euro in Österreich.

- **Herr Doktor Androsch, die Regierung hat ein Doppelbudget mit Rekorddimensionen präsentiert. Das Defizit wird auf 4,7 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes steigen. Die Staatsverschuldung auf 78 Prozent. Jetzt meinen Kritiker, dass die beiden Budgets den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen trotz enormer Verschuldung nicht entsprechen würden.**

Wir befinden uns in der schwierigsten Zeit seit 1945, um ein Budget zu erstellen, wenn man einmal die unmittelbaren Nachkriegsjahre ausnimmt. Es ist die schwerste Rezession seit den 30er Jahren, erstmals seit 1945 wird der Welthandel insgesamt schrumpfen, es gibt einen globalen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Davon sind die Eurozone und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland mit einem Minus von sechs Prozent besonders betroffen. Gerade diese aktuellen Prognosen haben die Rahmenbedingungen für die Budgeterstellung verändert. Die Annahmen für das Budget stimmen nicht mehr, das heißt, die Defizite werden automatisch weiter steigen.

- **Die Kritiker monieren ja nicht nur, dass die Basisannahmen noch vergleichsweise zu optimistisch gewählt wurden, sondern auch, dass die Maßnahmen zur Konjunkturbelebung zu kurz greifen würden. Kritisiert wurde auch, dass man nicht bis zum Herbst gewartet hat, um das Budget auf verlässlicher Datenbasis zu erstellen.**

Das ist eine absurde Kritik. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es notwendiger zu handeln. Dazu braucht man ein beschlossenes Budget. Mein Standpunkt ist, dass die Regierung zu lange zugewartet hat. Man hätte ein Budget sogar früher beschließen müssen. Die Neuverschuldung ist ja ohnedies unvermeidbar. Wann immer man in einer solchen Krise das Budget beschließt, wird es einen Korrekturbedarf geben. Inhaltlich bin ich davon überzeugt, dass weitere konjunkturbelebende Maßnahmen notwendig sein werden. Der Fokus sollte auf

Bildung, Universitäten und Forschung liegen.

- **Warum gerade soll der Schwerpunkt in diesen Bereichen liegen? Braucht Österreich nicht auch Impulse in seiner materiellen Infrastruktur?**

Steine und Erde alleine werden die Konjunktur nicht drehen. Bildung ist ein Segment, in dem sich Investitionen viel länger rechnen. Aber natürlich müssen wir auch unsere Energieinfrastruktur ausbauen. Ich denke da vor allem an die Wasserkraft. Es kann nicht angehen, dass wir dauerhaft im bestehenden Umfang Atomstrom aus dem Ausland importieren oder uns durch thermische Kraftwerke von Gasimporten aus Russland abhängig machen. Helfen kann man auch den besonders finanzschwachen Gemeinden, um ihre Infrastruktur wie Schulen und Kindergärten auszubauen, womit vor allem berufstätigen Frauen der Rücken gestärkt werden würde. Allerdings muss das an die Bedingungen geknüpft sein, dass die Gemeinden ihre Verwaltung und ihre Bauhöfe zusammenlegen.

- **Ein Beispiel für den Abbau von Bürokratie, den die Regierung nunmehr wieder einmal auf ihrer Tagesordnung stehen hat.**

Österreich ist maßlos überreguliert und daher überbürokratisiert. Wir sind im Vergleich mit anderen Staaten schlicht und einfach ineffizient. Wir haben eine Bürokratiequote von 4,1 Prozent, Deutschland hat 3,3 Prozent, Schweiz 1,6 Prozent, skandinavische Staaten noch weniger. Während bei uns aber die Abgabenquote bei 42 Prozent liegt, sind es in der Schweiz 30 Prozent. Und trotzdem gibt es dort die bessere Eisenbahn, ein besseres Straßennetz, bessere Telekom-Unternehmen, eine bessere Fluglinie. Zudem gibt die Schweiz viel mehr als wir für Forschung und Universitäten aus. Wir hingegen leisten uns 20 Krankenkassen und 30 Sozialversicherungsträger. Wir haben eine Effizienzlücke von 20 Milliarden Euro in Österreich.

- **Der erste Versuch der Regierung, im Schulwesen zu Reformen zu kommen, kann allerdings keine Hoffnung rechtfertigen, dass sich viel verändern lassen wird.**

Die Bildungsdiskussion ist erschreckend. Die Bildungsfeindlichkeit der Lehrgewerkschaft kann nicht weiter akzeptiert werden. Es kann nicht sein, dass sich die Lehrer nur ihre Privilegien und den lukrativen Nachhilfeunterricht beibehalten möchten.

- **Neben der angeblich großen Staats- und Bürokratierreform sind Ideen zu einem neuen Steuersystem im politischen Diskurs. SPÖ-Landeshauptmann Franz Voves hat eine Vermögenssteuer vorgeschlagen. Eine Idee, die Ihnen nicht besonders gefällt.**

Die Gerechtigkeit ist dabei ein bloß ein vorgeschobenes Element. Neue Steuern würden nur dazu führen, dass der Leidensdruck auf öffentliche Haushalte abnimmt und weiterhin keine substanziellen Reformen in Angriff genommen werden. Neue Steuern wären bloß Morphium für Bund, Länder und Gemeinden. Die Betriebe kämpfen ums Überleben, die Kurz- und Arbeitslosigkeit steigt dramatisch. Das würde die Krise nur noch verschärfen.

- **Sozialdemokraten argumentieren aber, dass die Gewinne privatisiert wurden und die Profiteure eben jene Krise hinterlassen haben, die nun alle bezahlen müssen.**

Ferdinand Lacina (Anmkg. Ex-Finanzminister) hat schon gewusst, weswegen er 1993 die Vermögens- und Gewerbesteuer abgeschafft hat. 80 Prozent davon haben die Betriebe gezahlt. Mit der Kapitalertragssteuer hat er dazu eine zudem fiskalisch weit ertragreichere Gegenfinanzierung eingeführt. Den Unternehmen darf man gerade in dieser schwierigen Zeit nicht neue Steuern aufbürden. Das wäre wirtschaftspolitisch völlig falsch. Es wäre auch ein Widerspruch, wenn man, nachdem eine Senkung der Einkommensteuer und Lohnsteuer verlangt und umgesetzt wurde, diese sofort wieder einzuführen und die zusätzlich geschaffene Konsumnachfrage gleich wieder für die öffentlichen Haushalte abzuschöpfen.

- **Vorgeschlagen wurde auch eine Transaktionssteuer.**

Da wird Sand in die Augen gestreut, weil eine solche Steuer national gar nichts bringt. Und auf EU-Ebene wird es diese Steuer nicht geben. Im Übrigen geht auch ein weiterer Vorschlag, die so genannte Vermögenszu-

Zur Person

Hannes Androsch wurde 1938 in Wien geboren und studierte an der Hochschule für Welthandel. Von 1970 bis 1982 war Finanzminister, seit 1976 auch Vizekanzler. 1981 wechselt Androsch an die Spitze der Creditanstalt-Bankverein. 1989 gründete er die AIC Androsch International Management Consulting GmbH, im darauffolgenden Jahr begann der Aufbau einer industriellen Beteiligungsgruppe. Seit 2003 ist Androsch Vorsitzender des Universitätsrates der Montanuniversität Leoben. Androsch ist Mitglied mehrerer Aufsichtsräte und Vizechefs des Aufsichtsrates der „Banken ÖIAG“. 2009 bestellte ihn die Regierung zum österreichischen Regierungskommissär für die Expo 2010 in Shanghai. Androsch lebt in Wien und Altaussee.

wachssteuer, an den Realitäten vorbei. Wir haben sie auf Transaktionsgewinne und im Immobilienbereich und bei Aktien, aber dort sind die Vermögenswerte dramatisch gesunken.

- **Vom Staatsdefizit wusste der US-amerikanische Nobelpreisträger Paul Krugman noch gar nichts, als er vor wenigen Wochen Österreich von einem Staatsbankrott bedroht sah. Schlummert in Österreichs Banken tatsächlich ein derart enormes Risiko?**

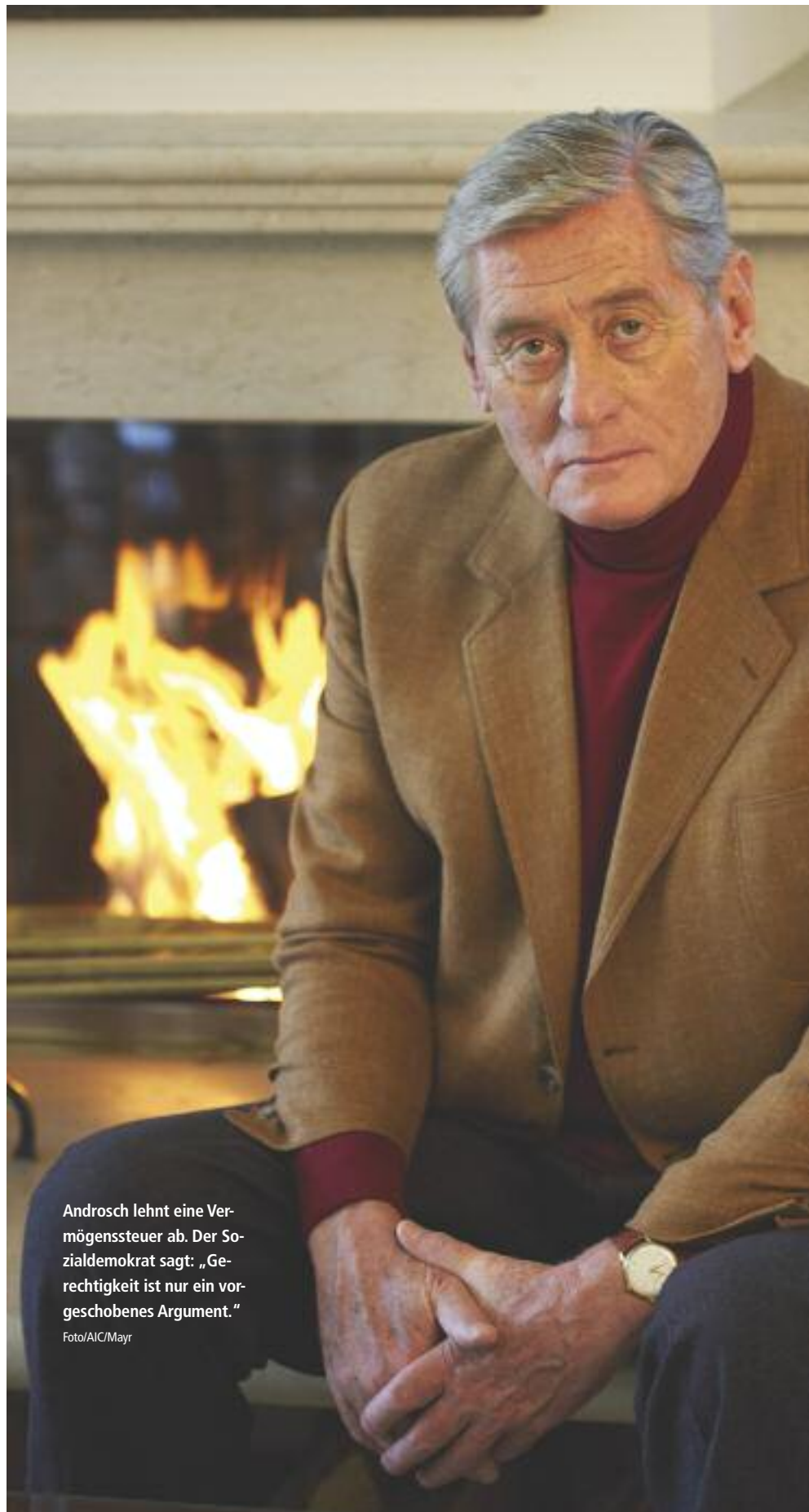
Herr Krugman kennt die Situation nur oberflächlich und hat leichtfertig seine Aussagen getätigt. Er wurde ja von Dominique Strauss-Kahn, dem Chef des Internationalen Währungsfonds, korrigiert. Tatsache ist, dass drei große österreichische Banken überdurchschnittlich stark in Osteuropa engagiert sind. Da wird es noch einen gewissen Korrekturbedarf geben. Umgekehrt wissen wir seit den Interventionen in den baltischen Staaten, auch in Ungarn, Weißrussland und Rumänien, dass der Währungsfonds sein Handwerk versteht und zusätzlich 500 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt bekommen wird. Die osteuropäischen Staaten werden nicht bankrott gehen.

- **Folgt daraus, dass es mit Ausnahme der Kommunalkredit zu keiner weiteren Verstaatlichung einer Bank werden müssen und auch das Instrument der „Bad Bank“ nicht notwendig ist.**

Wenn man einen Teil der faulen Kredite herausnimmt, würde das den Banken sicher helfen. Bad Banks wird es geben. Auf internationaler Ebene gibt es ja ebenfalls einen erheblichen Rückführungsbedarf der Banken bei ihren Bilanzen. Die vielfach befürchtete Weltinflation wird es daher für einige Jahre sicher nicht geben.

- **Herr Androsch, Sie waren lange Jahre Finanzminister, und das auch in schwierigen Zeiten. Verglichen mit der Gegenwart, nehmen sich die Konjunkturdellen der 70er Jahre aber bescheiden aus. Als homo politicus, denken Sie manchmal, es wäre reizvoll noch einmal 30 Jahre jünger zu sein und auf der Brücke zu stehen?**

Ich hatte damals die Gelegenheit. Alles andere hat mit Realität nichts zu tun, das ist bloß ein Gedankenspiel. Ich hoffe gleichwohl, noch einige Zeit mit dem fortsetzen können, was ich seit Jahren gerne mache.



Androsch lehnt eine Vermögenssteuer ab. Der Sozialdemokrat sagt: „Gerechtigkeit ist nur ein vorgeschobenes Argument.“

Foto/AIC/Mayr